

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Schulstraße 33 · 42551 Velbert

An  
Vorsitzenden des Rates  
Herr Bürgermeister Dirk Lukrafka  
Thomasstr. 1  
42551 Velbert

**Ratsfraktion Velbert**

**Andreas Kanschat**  
Fraktionsgeschäftsführer  
Geschäftsstelle  
Schulstraße 33  
42551 Velbert  
Tel.: +49 (02051) 955 156  
Fax: +49 (02051) 955 158  
fraktion@gruene-velbert.de

Velbert, den 20.06.2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Lukrafka,  
für den kommende Rat am 09.07.2019 stellt unsere Fraktion folgenden Antrag.

**Antrag**

1.

Der Rat der Stadt Velbert erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Ein-dämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an. Damit wird ab sofort Klimaschutz im kommunalpolitischen Handeln prioritär verankert.

2.

Der Klimaschutz wird zu einer Querschnittsaufgabe der Gesamtverwaltung. Entsprechende Strukturen in der Verwaltung werden geschaffen. Dazu schlagen wir vor, den Bereich Klimaschutz in einer Stabsstelle zu verankern und mit entsprechendem Personal- und Sachmitteln auszustatten.

3.

Die Belange des Klimaschutzes und der Klimafolgenanpassung sind bei allen Entscheidungen der Stadt zu untersuchen, darzustellen und abzuwägen. Dabei erhalten die Belange von Klimaschutz und Klimafolgenanpassung prioritäre Gewichtung.

4.

Darüber hinaus werden folgende Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt:

a.

Die bestehenden Klimaschutzkonzepte, soweit vorhanden, sowie die gesamtstädtische Mobilitätsstrategie werden vorrangig und zügig umgesetzt. Hierzu wird dem Rat noch in diesem Jahr eine entsprechende Umsetzungs- und Managementplanung vorgelegt.

b.

Die Stadt Velbert verzichtet bei der Versorgung ihrer Gebäude mittelfristig auf fossile Energieträger. Dazu wird die Stromversorgung städtischer Gebäude und Anlagen zum nächstmöglichen Zeitpunkt vertraglich auf Naturstrom umgestellt. Deren Heizungsanlagen sind im Rahmen anstehender Investitionsmaßnahmen entsprechend umzurüsten. Darüber hinaus ergreift die Stadt Velbert die Initiative zum Aufbau eines regionalen Biogasverbundes mit dem Ziel, städtische KWK-Anlagen mittelfristig mit Biogas zu betreiben und die Beimischungsquote in den kommunalen Gasnetzen zu erhöhen.

c.

Das Planungsamt der Stadt Velbert berücksichtigt bei Ausweisung neuer Wohnbau- und Industrieflächen die zu erwartenden klimatischen Auswirkungen. Es ist ein Fachgutachten erstellen zu lassen über die klimatischen Folgen einer Bebauung wie z.B. Bildung von städtischen Wärmeinseln, Anstieg der thermischen Belastung, Wegfall der CO<sub>2</sub>-Reduktion durch beabsichtigte Rodungsmaßnahmen, Wegfall von Frischluftschneisen.

d.

Für das Velberter Stadtgebiet ist eine Bewertung der bioklimatischen Leistungen der Frei-, Grün- und Forstflächen vorzunehmen. Flächen mit hoher Bioklimaeignung sind zukünftig frei zu halten.

e.

Für Bereiche mit hoher thermischer Belastung sind per Satzung Dach- und Fassadenbegrünung bei Neu- und Umbau vorzusehen.

f.

Die Stadt Velbert überprüft die Möglichkeit zusätzlicher Bepflanzung städtischer Flächen mit heimischen Sträuchern und Bäumen zum Zweck der CO<sub>2</sub>-Reduzierung sowie Senkung der thermischen Belastung und setzt dieses Konzept kurzfristig um.

g.

Die Stadt Velbert fordert per Satzung bei Neubau von Wohn- sowie Industriebebauung die Nutzung von regenerativen Energien für die Gebäudeheizung und -klimatisierung. Es wird geprüft, ob sich ein Förderprogramm für die Nutzung von regenerativen Energien dafür einrichten lässt.

h.

Die Stadt Velbert prüft die Errichtung von Anlagen zur regenerativen Strom-erzeugung (Photovoltaik sowie Windkraft als Großanlagen oder Kleinanlagen auf Dächern öffentlicher Gebäude/Flächen) und setzt diese um.

i.

Durch die Stadt Velbert wird in 2-jährigem Turnus eine gesamtstädtische Treibhausgasbilanz erstellt. Ziel ist eine Absenkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf höchstens 80% der Emissionen im Jahr 1990.

j.

Es wird ein jährliches Öko-Audit der Stadtverwaltung zur Einsparung von Ressourcen und Minderung von Emissionen aufgelegt.

5.

Die städtischen Beteiligungen werden soweit nötig in die Umsetzung einbezogen. Darüber hinaus werden die städtischen Beteiligungen im Rahmen der Weisungsmöglichkeiten dazu aufgefordert, betriebliche Klimaschutzkonzepte zu erarbeiten bzw. fortzuschreiben und dem Rat zur Genehmigung vorzulegen.

6.

Der Rat der Stadt Velbert beschließt, einen Förderantrag für ein kommunales Klimaschutzkonzept gem. der aktuellen „Kommunalrichtlinie 2019 (s. [www.klimaschutz.de/kommunen](http://www.klimaschutz.de/kommunen)) und die erforderlichen finanziellen Mittel hierfür in den Haushalt für 2020 aufzunehmen.

### **Begründung**

Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um 1 Grad Celsius gestiegen, weil die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre von 280 ppm auf über 400 ppm angestiegen ist. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren.

Trotz weltweiter Bemühungen über Jahrzehnte, den Ausstoß von Klimagasen zu reduzieren, nimmt deren Konzentration Jahr um Jahr zu. Alle Maßnahmen, dem Klimawandel entgegen zu wirken, haben bisher keinen Erfolg gezeigt. Die Wissenschaft prognostiziert verheerende Folgen für die menschliche Zivilisation und die Natur auf dem Planeten Erde. Die aktuellen Pläne und Maßnahmen reichen nicht aus, um die Erwärmung bis 2050 auf die angestrebten 1,5°C zu begrenzen. Deshalb ist es jetzt wichtiger denn je schnell zu handeln!

Nach wissenschaftlichen Berechnungen haben wir heute nur noch neun Jahre Zeit geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens zu erreichen. Die Zeit, entschlossen zu handeln, ist jetzt!

Jeden Freitag erinnert uns die weltweite Jugendbewegung Fridays for Future in eindrucksvoller Weise daran, dass die politischen Bemühungen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion vollkommen unzureichend sind und bislang keines der gesteckten Ziele erreicht werden konnte. Um sich vor diesem Hintergrund weiterhin hinter dem Versagen anderer Staaten zu verstecken, fehlt schlicht die Zeit. Alle staatlichen Ebenen, überall auf der Welt, sind im Rahmen ihrer Kompetenzen und Möglichkeiten zum sofortigen Handeln aufgerufen.

Weltweit haben Kommunen, darunter Bochum, Marl, Düsseldorf, Köln, London, Konstanz Basel u.a., den Climate Emergency („Klimanotstand“) ausgerufen und damit bewiesen, dass sie das Thema ernst nehmen. Auf kommunaler Ebene braucht es eine strengere Umsetzungsdisziplin sowie eine Ausweitung der bestehenden Klimaschutzkonzepte und -Maßnahmen, um der drohenden Klimakatastrophe entgegenzuwirken. Mit der Ausrufung des Klimanotstandes bekennt sich die Stadt Velbert zu einer intensivierten Klimapolitik und macht die Eindämmung des Klimawandels zum Ziel städtischen Handelns.

gez.

Dr. Esther Kanschat

gez.

Dr. Wolfgang Beckröge